

in den meisten Einrichtungen für höhere Bildung eingeführt. Fortlaufend wird für eine Gleichstellung von Frauen und Männern im Bereich Arbeit und Politik gekämpft. Die Anzahl von Gerichtsverfahren auf Grund von geschlechtsspezifischer Diskriminierung wächst. So wurde zum Beispiel in der Knesset ein Komitee zur Verbesserung des Status von Frauen eingerichtet. Zudem wurde auf Grund des Falles der Kampfpilotin Alice Miller, den IWN beim Obersten Gerichtshof einreichte, nicht nur in der Luftwaffe, sondern auch in vielen anderen Bereichen des israelischen Militärs Positionen für Frauen zugänglich gemacht.

Gleichzeitig belegen alle zwei Jahre von IWN erstellte Statistiken immer wieder die fortlaufende Diskriminierung von Frauen in verschiedenen Lebensbereichen. Daher bemüht sich die Konrad-Adenauer-Stiftung Jerusalem, aufbauend auf den bisherigen Erfolgen, auch weiterhin um eine aktive Zusammenarbeit mit JAZ und IWN.

*Text: Dr. Lars Hänsel, Catherine Hirschowitz*

*Kontakt: KAS-Auslandsbüro Israel*

*Auslandsmitarbeiter: Dr. Lars Hänsel*

*office@kasisrael.org*

## 2.9. KOLUMBIEN

### Ausgangsbedingungen

Kolumbien zählt derzeit 42,6 Millionen Einwohner und ist damit nach Brasilien das Land mit der zweitgrößten Bevölkerung Südamerikas. Die regionalen Unterschiede sind sehr groß. Unter dem fast 50 Jahre dauernden Binnenkonflikt leidet besonders die arme Landbevölkerung, während sich einige der großen Städte im Schutze einer verbesserten Sicherheitslage beachtlich entwickelt haben. Dennoch leben laut Weltbank insgesamt 49 Prozent der Kolumbianer in Armut.

Trotz des Konflikts zwischen dem Staat auf der einen Seite und bewaffneten illegalen Gruppen auf der anderen hat sich die Wirtschaft Kolumbiens in den vergangenen Jahren sehr robust entwickelt mit Wachstumsraten um 6,5 Prozent. Die kolumbianische Wirtschaft ist stark exportorientiert. Der mit 57 Prozent größte Anteil des Bruttoinlandprodukts wird mittlerweile durch Dienstleistungen erwirtschaftet.

In der Parteipolitik dominieren traditionsgemäß die Männer. Frauen sind zwar durchaus in der Politik sichtbar, auch in höheren Ämtern, allerdings insgesamt immer noch unterrepräsentiert. Während sie

51 Prozent der Gesamtbevölkerung und ein weiteres Prozent mehr der Wahlberechtigten ausmachen, stellen sie nur zwölf Prozent der Senatoren und nur elf Prozent der Kongress-Abgeordneten. 2007 traten allein 14 Frauen als Kandidaten für die Gouverneurstposten des Landes an. Dem standen 147 Männer gegenüber. Eine einzige Kandidatin konnte sich in der Region Córdoba durchsetzen. Die Präsenz der Frauen im Senat hat sich deutlich verbessert. Hatte vor der neuen Verfassung von 1991 noch keine einzige Frau dem Senat angehört, wurden für die Wahlperiode 2006-2010 zwölf Senatorinnen gewählt.

Die Skepsis gegenüber einer aktiveren weiblichen Beteiligung an der Politik resultiert auch aus dem Erbe der *Nationalen Front* (1958-1974), in der Regierungen aus Liberalen und Konservativen die Macht unter sich aufteilten. Dieses Arrangement sollte dazu dienen, die Militärregierung und die teils gewaltsame Polarisierung im Land in ein liberales und konservatives Parteilager zu überwinden. Aus dem Regierungsmodell resultierte jedoch ein zunehmender Ausschluss politischer Akteure, die nicht an den klientelistischen Praktiken des Parteienklüngels teilnahmen. Bis heute belastet diese Vergangenheit die politische Kultur Kolumbiens, auch wenn die Verfassung von 1991 das politische System für neue Kräfte geöffnet und den Geist einer partizipativen Demokratie begründet hat.

Mit dem Anliegen eines sozialen und ökonomischen Gleichgewichtes fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien Maßnahmen, welche die Stärkung der demokratischen Kultur und des bürgerlichen Engagements fördern. Die KAS sieht die politische Partizipation der kolumbianischen Frauen als Voraussetzung für deren gesellschaftliche Gleichberechtigung insgesamt.

### Projektbeispiel

Zwar ist Frauenförderung in Kolumbien kein expliziter Schwerpunkt der Projektarbeit der KAS. Dennoch gibt es im Kontext der Demokratieförderung konkrete Ansätze. Im Jahr 2007 beispielsweise arbeitete die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien mit den einheimischen NGOs *Acción Ciudadana Colombia* und *Movimiento Conciencia Colombia* zusammen. In diesem Jahr, als Regional- und Gemeindewahlen stattfanden, organisierte die KAS gemeinsam mit den genannten Partnern im Bereich Politische Bildung und Demokratieförderung eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel *Más Mujeres, más democracia* („Mehr Frauen, mehr Demokratie“), um Frauen zu einer Kandidatur im Stadtrat oder als Bürgermeisterinnen zu ermutigen. Mit den Partnern wurden Strategien entwickelt, um in akademischen, öffentlichen und privaten Sektoren

sowie in den Medien die Diskussion um die politische Teilhabe der Frauen an den Wahlen vom Oktober 2007 zu fördern. Dazu wurden in den Städten Ibagué, Montería, Pereira, Tunja und Villavicencio Diskussionsforen organisiert, in denen Bürgerinnen und Bürgern eine Plattform gegeben werden sollte, Verbesserungsvorschläge für mehr Frauenbeteiligung bei den Wahlen zu machen. Die Foren und Workshops stießen auf große Resonanz in allen Bevölkerungsteilen. In den Foren wurden auch Statistiken staatlicher Behörden (*Registradura Nacional del Estado Civil, DANE*) und privater Institute (*Profamilia, SIERRA*) zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der kolumbianischen Frauen präsentiert, um die gesellschaftlichen Voraussetzungen für ein politisches Engagement näher zu ergründen.



Auf dem Prüfstand stand zum Beispiel, inwieweit die Zielvereinbarungen der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen umgesetzt wurden. Nach Ergebnissen der von der KAS publizierten Studie *Mehr Frauen, mehr Demokratie* ist zur Umsetzung dieser Zielvorgaben noch viel Arbeit zu leisten, im Bereich der Gleichberechtigung im Berufsleben genauso wie in der gesellschaftlichen Teilhabe insgesamt.

Ein großes Problem ist weiterhin die häusliche Gewalt: In einer Umfrage des Jahres 2000 gab jede zweite befragte Frau an, schon einmal vom Partner geschlagen worden zu sein. Auch die hohe Vergewaltigungsrate von sieben Prozent gehört zur Realität des Landes. Nur 22 Prozent der Vergewaltigungsopfer machten das Verbrechen öffentlich bekannt.

Als Erfolg kann hingegen gewertet werden, dass die Kolumbianerinnen ihre männlichen Altersgenossen hinsichtlich der Qualität ihrer Ausbildung mittlerweile übertreffen. Diskriminierungen zeigen sich weiterhin in ökonomischer Hinsicht. Trotz ihrer Überlegenheit auf

dem Bildungssektor verdient eine Kolumbianerin auf dem Arbeitsmarkt weiterhin rund 20 Prozent weniger als ein Mann bei gleichwertiger Ausbildung und Befähigung.

Die Initiative von *Acción Ciudadana Colombia* und *Movimiento Conciencia Colombia* erreichte eine Beteiligung von mehr als 500 Frauen in fünf Departamentos Kolumbiens. Von besonderer Bedeutung war es, Themen wie Gewalt, soziale Ungleichheit und mangelnde Partizipation in Regionen zu diskutieren, in denen eine nur schwache Kultur für die politische Beteiligung von Frauen herrscht. Auf diese Weise wurden nicht nur große Teile der Öffentlichkeit sensibilisiert. Auch Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft und NGOs wurden in die Diskussion mit einbezogen, und die Nachfrage an der gleichnamigen Publikation *Mehr Frauen, mehr Demokratie* ist ungebrochen hoch.

### Entwicklungspolitischer Kontext

Der Weg zur bürgerlichen und politischen Gleichberechtigung war für die kolumbianischen Frauen lang: Erst 1932 wurde ihre zivilrechtliche Gleichberechtigung anerkannt. Grundlegende Bürgerrechte wurden ihnen nicht vor 1945 gewährt, das Wahlrecht erst 1958. Diese rechtlichen Schritte waren bedeutsam, reichten aber nicht aus, um die Gleichstellung und Gleichbehandlung der Frau im öffentlichen wie im privaten Alltag zu erreichen.

Obwohl eine Quotenregelung zu einer stärkeren Beteiligung von Frauen in öffentlichen und politischen Ämtern führen sollte (Gesetz aus dem Jahr 2000), werden diese Quoten häufig nicht eingehalten. In der öffentlichen und politischen Verwaltung sind Frauen hingegen in der Mehrheit. Das heißt, der administrative Unterbau der kolumbianischen Politik ist in weiblicher Hand.

Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen sehen vor, die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten für beide Geschlechter zu erreichen, Maßnahmen gegen den hohen Grad partnerschaftlicher, ehelicher und innerfamiliärer Gewalt zu ergreifen und die Gleichberechtigung in Arbeitsqualität und Lohnniveau zu gewährleisten. Der Anteil von Frauen in gesellschaftlichen und politischen Schlüsselstellungen soll in Kolumbien auf 30 Prozent erhöht werden.

Die Diskussionsrunden der KAS im Vorfeld der Regionalwahlen 2007 haben das Problem der Frauenförderung in der Politik erneut ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Sie sind damit auch ein Beitrag für die Annäherung an die Millenniumsziele in Kolumbien.